Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Rm. monatlich, einschließlich 0,25 Rm. Botenlohn. Durch die Post 2,20 Rm. einschl. 0,38 Rm. Postgebühren, zuzüglich 0,42 Rm. Bestellgeld 2,52 Rm. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 0,10 Rm. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 0,80 Rm. je Millimeter. **Hauptgeschäftsstelle Bocholt:** Realschulstraße 14, Fernsprecher 3247. Annahmestelle für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Gneisenaustraße 35 H. Querbach), Potsdamstraße 3 (W. Hoves).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 47 | Mittwoch, den 17. Februar 1937 | Jahrgang 1937

Deutsche Erklärung vor dem Nichteinmischungsausschuß.

Ein weiterer Beitrag Deutschlands zur sofortigen Inkraftsetzung der Land- und Seekontrolle. – Der deutsche Standpunkt in der Freiwilligenfrage nunmehr auch von den anderen Regierungen angenommen.

„Spät kommt ihr, doch ihr kommt."

DNB **London**, 16. Februar.

In der Sitzung des Nichteinmischungsausschusses am Dienstag gab der deutsche Botschafter von Ribbentrop folgende Erklärung ab:

Herr Präsident! Die Erklärung, die ich namens der deutschen Regierung jetzt abgeben werde, möchte ich mit den Worten einleiten: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt!" Hierzu und besonders im Hinblick auf verschiedene tendenziöse Kommentare in der hiesigen Presse, die geeignet sind, ein falsches Bild über die Haltung meiner Regierung in dem Nichteinmischungsausschuß in den letzten Monaten zu geben, einige grundsätzliche Bemerkungen:

Die deutsche Regierung hat in den vergangenen Monaten ihr äußerstes getan, um sowohl im Rahmen dieses Ausschusses als auch durch direkte Fühlungnahme mit den besonders interessierten Regierungen ein wirksames Schema der Nichteinmischung für den spanischen Bürgerkrieg zustande zu bringen, das geeignet ist, den furchtbaren Zuständen in diesem unglücklichen Lande ein Ende zu bereiten und seine völlige Verwüstung zu verhindern.

Schon zu Beginn des spanischen Bürgerkrieges erkannte Deutschland, daß nur ein umfassendes Schema der Nicheinmischung Erfolg versprechen würde, und aus diesem Grunde hat Deutschland seinerzeit als erstes Land ein Verbot der Teilnahme ausländischer Freiwilliger am spanischen Bürgerkrieg vorgeschlagen. Dieser deutsche Vorschlag, dem ein ähnlicher italienischer Vorschlag folgte, ist bereits am 17. August 1936 gemacht worden. Bedauerlicherweise fand der Vorschlag der deutschen Regierung seinerzeit nicht die Zustimmung, die er verdient hätte; vielmehr wurde er für längere Zeit zu den Akten gelegt. Ich will hier nicht die Gründe untersuchen, die für die Haltung verschiedner Regierungen maßgebend gewesen sind. Diese Haltung kann aber wohl nur so ausgelegt werden, daß die betreffenden Regierungen den Zustrom von Freiwilligen nach Spanien seinerzeit nicht als unzulässige Einmischung angesehen haben, wie dies ja auch in dem deutschen Memorandum vom 7. Januar ausgedrückt wurde.

Deutschland war anderer Ansicht, und es hat sogar ein weiteres getan, indem es in seinem Memorandum vom 7. Januar die drastische Maßnahme vorschlug, alle nichtspanischen Freiwilligen aus Spanien zu entfernen.

Wenn nunmehr der deutsche Standpunkt hinsichtlich des Freiwilligenverbotes endlich nach monatelangen Verhandlungen und Schwierigkeiten von den anderen Regierungen angenommen worden ist, so begrüße ich dies aufs wärmste und möchte die aufrichtige Befriedigung meiner Regierung über die Entwicklung zum Ausdruck bringen, die von der deutschen und italienischen Regierung immer angestrebt worden ist.

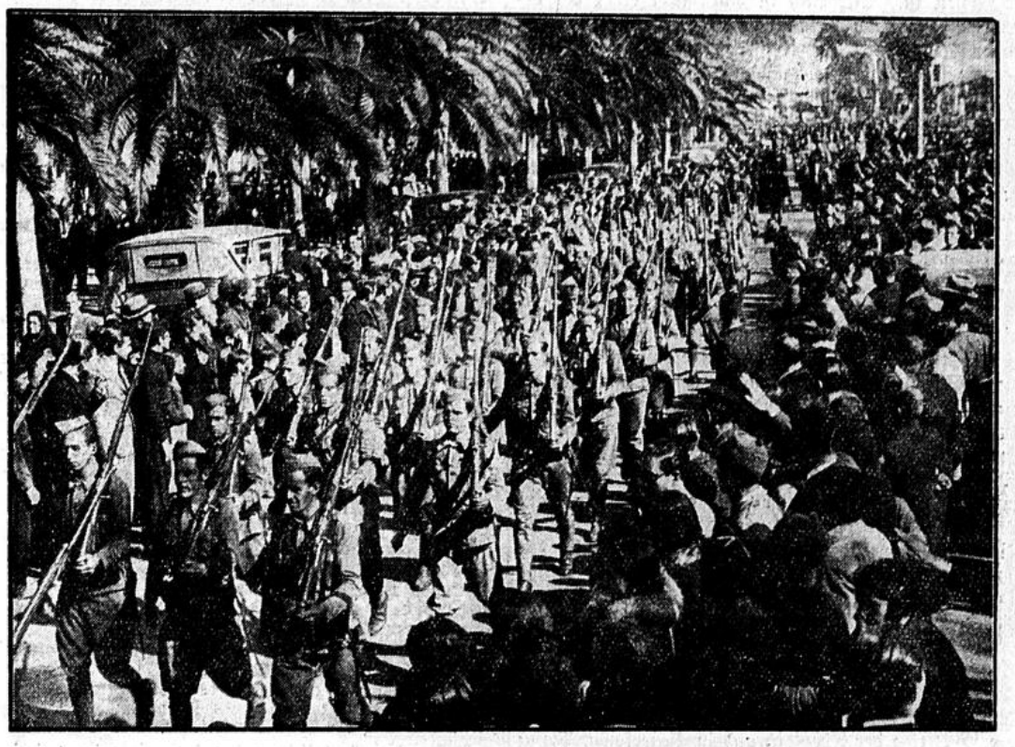
Die Vorschläge, die der Unterausschuß des Vorsitzenden heute vorgelegt hat, bedeuten einen Wendepunkt und stellen sicherlich einen guten Fortschritt zur Erzielung einer wirklichen Nichteinmischung dar. Wir haben ein Stadium erreicht, das es uns zweifellos ermöglichen wird, Mittel und Wege zu finden, um alle die kleineren Schwierigkeiten, die noch der Arbeit des Ausschusses im Wege stehen, zu überwinden. Wir alle, die wir hier im Ausschuß zusammenarbeiten, haben eine große Aufgabe zu erfüllen, und ich möchte hinzufügen, daß wir alle hoffen, unsere portugiesischen Freunde möchten einen Weg finden, um zur Verwirklichung eines praktischen Kontrollsystems, das einen untrennbaren Teil unseres Nichteinmischungsschemas darstellt, beizutragen.

Im Auftrage der deutschen Regierung bin ich in der Lage, zu erklären, daß Deutschland bereit ist, einen weiteren Beitrag zur sofortigen Inkraftsetzung der Land- und Seekontrolle zu machen. Trotz der bekannten Transferschwierigkeiten ist die deutsche Regierung bereit, die geforderte Vorschußzahlung von Pfund 2000 in englischer Währung zu leisten, um die sofortige Inkraftsetzung der Kontrolle zu beschleunigen. Ich hoffe, daß diese Geste der deutschen Regierung gewürdigt wird.

Viel Arbeit liegt in den kommenden Wochen noch vor uns. Ich möchte Sie erneut daran erinnern, daß die deutsche Regierung z. B. die Lösung der Frage der finanziellen Unterstützung ausschließlich der Frage des Goldes der Bank von Spanien — und diesen Punkt möchte ich besonders unterstreichen — als einen wichtigen Teil unserer Arbeit ansieht. Zum Kriegführen benötigt man nicht nur Menschen und Kriegsmaterial, sondern vor allen Dingen auch Geld. Ich möchte daher meinerseits an alle Regierungen appellieren, dieser Frage mehr als in der Vergangenheit die nötige Beachtung zu schenken.

Nicht will ich wünschen, daß wieder eine Lage entsteht, wonach ein ursprünglich von Deutschland gemachter Vorschlag beiseitegelegt wird, um dann von anderen Mächten als deren Vorschlag vorgebracht zu werden, sobald diese den Zeitpunkt für gekommen halten.

Lassen Sie mich zum Schluß noch betonen, daß alles, was wir hier tun, alles, was wir hier entscheiden, sich als vollkommen nutzlos erweisen wird, wenn nicht der wahre Geist der Nichteinmischung bei allen in Frage kommenden Nationen vorherrscht; der Geist, in dem dieses Kontrollschema gehandhabt wird, ist in der Tat entscheidend für seine Wirksamkeit. Ich gebe der aufrichtigen Hoffnung Ausdruck, daß sich alle Länder der Verantwortung für unsere große Aufgabe bewußt sein werden.



Die ersten Bilder vom Einmarsch in das befreite Malaga.

Die Bevölkerung der von der roten Herrschaft befreiten Stadt Malaga bereitete den nationalen Truppen bei ihrem Einzug einen begeisterten Empfang.

18,25 Milliarden Mark für die englische Aufrüstung.

Ungeheures Ausmaß der Wehrverstärkung. – Gewaltiger Ausbau aller Waffengattungen

Der Inhalt des Weißbuches

£ **London**, 16. Februar.

Das Weißbuch, das die Regierung im Zusammenhang mit der neuen Rüstungsanleihe von 400 Millionen Pfund Sterling angekündigt hatte, wurde am Dienstagabend veröffentlicht.

Das Schriftstück kündigt für die nächsten fünf Jahre eine Gesamtausgabe von 1½ Milliarden Pfund Sterling (18,255 Milliarden Mark) für die englische Aufrüstung an.

Es behandelt ferner sehr ausführlich die Beweggründe für das neue englische Aufrüstungsprogramm und enthält aufsehenerregende Mitteilungen über die in den nächsten Jahren geplante Verstärkung der drei Waffengattungen.

U. a. wird der Bau von drei neuen Schlachtschiffen, sieben Kreuzern und zwei Flugzeugträgern im Jahre 1937-38 sowie eine weitgehende Verstärkung der Flottenluftstreitkräfte angekündigt. Bei der regulären Armee ist die Bildung von vier neuen Infanteriebataillonen, zwei neuen Tankbataillonen und gewissen Hilfsformationen geplant. Ferner wird die Beschleunigung der Mechanisierung der Armee in großem Umfange sowie die Anhäufung von gewaltigen Munitionsreserven angekündigt. Auch für die Luftstreitkräfte werden riesige Verstärkungen sowie der Bau neuer Militärflugplätze und Fliegerschulen angekündigt.

Besonderes Gewicht wird auf die Bereitstellung großer Reserven für alle Waffengattungen und auf die Mobilmachung der Industrie für Rüstungszwecke gelegt.

Einleitend heißt es in dem Weißbuch, daß die Regierung nicht notwendigerweise die gesamte vorgesehene Anleihesumme von 400 Millionen Pfund Sterling anfordern werde. Es wäre jedoch unklug, für die nächsten fünf Jahre eine Gesamtausgabe für die englischen Rüstungen von weniger als 1½ Milliarden Pfund Sterling zu erwarten.

In der Begründung der neuen Maßnahmen heißt es, daß in den letzten Jahren die mechanische Ausrüstung der Streitkräfte in vielen Ländern außerordentlich verbessert sei und daß eine moderne Wehrmacht mit viel gewaltigeren Waffen ausgerüstet sein müsse, als man noch vor einem Menschenalter geglaubt habe.

Angesichts der zunehmenden Furchtbarkeit der Luftwaffe müsse ein ganzes System neuer Maßnahmen für die Luftverteidigung und den Luftschutz in England und seinen überseeischen Besitzungen geschaffen werden.

Hinsichtlich der Flotte besagt das Weißbuch, daß in den nächsten Jahren gewaltige Ausgaben gemacht werden müßten, um die englischen Seestreitkräfte auf die notwendige Stärke zu bringen. Auf einige Jahre hinaus werde England gezwungen sein, eine Reihe außerordentlicher Schiffsbauprogramme durchzuführen. Eine beträchtliche Zahl der vorhandenen englischen Kriegsschiffe sei veraltet, und von den 15 Schlachtschiffen seien nur drei nach dem Kriege gebaut. Das Programm für 1936 habe bereits zwei neue Schlachtschiffe, die annähernd acht Millionen Pfund kosten, enthalten. Ferner seien vorbereitende Schritte unternommen worden, um drei weitere Schlachtschiffe zu Beginn des Finanzjahres 1937-38 in Auftrag zu geben. Das Pro-

(Fortsetzung auf der 2. Seite)



Nationale Kavallerie auf dem Marsch durch das von den Roten teilweise zerstörte Malaga.
Photos (2): Scherl.

Tagesrundschau.

Die Wendung im Nichteinmischungsausschuß. Die allgemeine Sperre des Freiwilligenzuzugs nach Spanien, die Deutschland und Italien schon im August vorigen Jahres gefordert haben, ohne damals damit durchzudringen, scheint jetzt endlich verwirklicht werden zu sollen. Wenn der Nichteinmischungsausschuß, in dem 27 Staaten vertreten sind, dem am Montagabend überraschend zustandegekommenen Beschluß seines Unterausschusses, wie wohl zu erwarten ist, gestern zugestimmt hat, dann wird in der Nacht vom 20. zum 21. Februar ein allgemeines Freiwilligenverbot und ab 6. März eine Land- und Seekontrolle um Spanien in Kraft treten. Im Unterausschuß, der von den Vertretern Deutschlands, Italiens, Englands, Frankreichs, der Sowjetunion und Portugals gestellt wird, lehnte als einzige Macht Portugal den Beschluß ab, weil es die Kontrolle auf seinem eigenen Gebiet verweigert. Es scheint aber, daß man in London glaubt, auch die Portugiesen, wenn im Nichteinmischungsausschuß der Vorschlag des Unterausschusses angenommen ist, noch zum Nachgeben bewegen oder aber Portugal in die für seine Wirtschaft und seinen Handel unangenehmere Seekontrolle einschließen zu können. Der Beschluß des Unterausschusses soll, was angesichts der fortgesetzten Freiwilligen- und Waffentransporte über die französische Grenze sehr merkwürdig klingt, so beschleunigt unter einem Druck der französischen Regierung zustandegekommen sein. So berichten wenigstens englische und französische Blätter. Der französische Botschafter habe im Auftrage seiner Regierung erklärt, daß der Nichteinmischungsausschuß in der letzten Zeit keinerlei ersprießliche Arbeit geleistet habe und daß, wenn nicht innerhalb der nächsten Tage praktische Schritte getan würden, Frankreich sich Handlungsfreiheit für Spanien vorbehalte. Hinter dieser diplomatischen Sprache sei die Drohung verborgen gewesen, daß Frankreich zwei Divisionen nach Spanien schicken und den spanischen Bürgerkrieg in vierzehn Tagen beenden werde, wenn nicht die anderen Mächte ihre Einmischung aufgäben. Mag Frankreich tatsächlich jetzt diese energische Haltung eingenommen haben, so muß man doch dazu sagen, daß es lange genug gedauert hat, bis es dazu gekommen ist. Wenn es sich dazu vor fünf Monaten entschlossen und dadurch schon damals den jetzt gefaßten Beschluß ermöglicht hätte, dann wäre viel Blut weniger in Spanien geflossen und das geplagte Land ganz sicher schon längst wieder zur Ordnung zurückgeführt worden. Man lese im übrigen die Rede des Botschafters von Ribbentrop.

★

Der neue Völkerbundskommissar in Danzig. Nach einem langen Hin und Her, wie er für alle Völkerbunds-„Aktionen" üblich ist, ist nun ein Nachfolger für den Iren Lester gefunden worden. Der schweizerische Universitätsprofessor Dr. Karl J. Burckhardt, ein entfernter Verwandter des berühmten Kultur- und Kunsthistorikers Jakob Burckhardt, ist als Völkerbundskommissar in Danzig in Aussicht genommen. Es gilt als sicher, daß die Ernennung, zu

der die Zustimmung Polens und Danzigs notwendig ist, noch im Laufe der Woche erfolgen wird. Die Burckhardts entstammen einer alten Baseler Patrizierfamilie, die mit Deutschland, Frankreich und Italien in einem engen geistig-kulturellen Zusammenhang stand. Der künftige Völkerbundskommissar, der 1891 geboren wurde und seit 1932 als Ordinarius für neue Geschichte am Universitätsinstitut für höhere internationale Studien in Genf tätig ist und auch dem Lehrkörper der Universität Zürich angehört, ist bei Ausbruch des Großen Krieges von der Schweiz in den diplomatischen Dienst berufen worden. Längere Zeit hat er in dieser Eigenschaft der schweizerischen Gesandtschaft in Wien angehört. Der „gelernte" Historiker kam so in ein enges Verhältnis zur diplomatischen Geschichte unserer Tage, und die Lebendigkeit der Sprache wie der Gedankenführung, die seine Werke auszeichnet, mag ihren Ursprung darin haben, daß der an sich sehr begabte Autor vergangene Zeiten aus dem Spiegel einer bewegten Gegenwart mit großer und oft packender Anschaulichkeit sah und beschrieb. Zu seinen Hauptwerken gehört eine Monographie über Maria Theresia und ein großes Werk über den französischen Staatsmann Richelieu, von dem der erste Band vor zwei Jahren erschienen ist. Sicherlich ist Burckhardt einer der begabtesten jüngeren Geschichtsschreiber, und für den hohen Wurf seiner Arbeit ist es charakteristisch, daß sie — wie jede Geschichtsschreibung großen Stils — alte Gegensätze und Feindschaften nicht polemisch erhält, sondern in weiter Sicht auf eine neue Ebene hinaufhebt. Burckhardt ist auch für das Internationale Rote Kreuz tätig gewesen. In seinem Auftrag hat er Missionen in Kleinasien und Japan durchgeführt.

★

Der Flammentod im Theater.

Das Unglück im Theater der südmandschurischen Stadt Antung, bei dem nicht, wie zuerst gemeldet wurde, 700, sondern sogar 900 Menschen in den Flammen umgekommen sind, stellt die größte bekannte Katastrophe bei einem Theaterbrand dar. Bisher hielt diesen grausigen Rekord der Brand des Iroquois-Theaters in Chikago vom 30. Dezember 1903, bei dem 587 Tote gezählt wurden. Es ist wenig bekannt, daß damals das königliche Opernhaus in Berlin für einige Zeit geschlossen und auf Grund der Erfahrungen von Chikago mit neuen Sicherungsmaßnahmen versehen wurde; auch das damalige königliche Schauspielhaus in Berlin erfuhr einen Umbau und wurde erst nach anderthalb Jahren wieder geöffnet. Die zweite bisherige größte Brandkatastrophe in einem Theater war die Feuersbrunst im Wiener Ring-Theater vom 8. Dezember 1881, bei der 450 Personen verunglückten, unter ihnen auch eine Tochter Kaiser Franz Josephs. Dann folgt noch vor dem Weltkrieg der Theaterbrand in Boyertown, Pennsylvanien, mit 200 Opfern, eine Zahl, die u. a. darauf zurückzuführen war, daß ein Teil der Löschmannschaften betrunken war. In früheren Zeiten, als die Technik der Brandverhütung in den Theater noch nicht annähernd soweit vorgeschritten war wie jetzt, gab es viel häufiger Feuersbrünste in Bühnenhäusern als heute. So zählt eine Statistik von 1860—1885 insgesamt 446 Theaterbrände auf. Im Hinblick gerade auf diese Statistik bemerkte der französische Unterrichtsminister Berthelot im Mai 1887 in der Kammer auf eine Anfrage über die Feuerschutzmaßnahmen in der Pariser Komischen Oper: „Da alle Theater früher oder später einmal abbrennen, kann man mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß auch die Komische Oper eines Tages in Flammen aufgehen wird." Weder der Minister noch das Parlament ahnten bei diesen Worten, daß die Ankündigung genau zwei Wochen später Wirklichkeit wurde. Unter den Bränden, die in der Geschichte des Theaters eine größere Rolle gespielt haben, verzeichnet die Chronik u. a. noch den Brand in dem Madrider Theater Novedades vom 23. September 1928, wobei über 80 Menschen verbrannten. Bei fast allen Brandkatastrophen in Theatern zur Zeit einer Vorstellung ist das Ausmaß des Unglücks, d. h. die Höhe der Zahl an Totenopfern überwiegend weniger auf die Anhäufung leicht brennbarer Stoffe oder auf unzureichende Sicherheitsmaßnahmen als vielmehr auf die jeweils ausbrechende Panik unter den Menschenmassen zurückzuführen. Die Technik des Feuerschutzes in Theatern und Kinos bildet heute ein besonders sorglich ausgearbeitetes Tätigkeitsgebiet der Feuerwehr. Vor allem in Deutschland bestehen außerordentlich strenge Vorschriften. So darf beispielsweise keine Theatervorstellung beginnen, bevor nicht die Wachleute der Feuerwehr die Schutzvorrichtungen geprüft und dann dem stets anwesenden Polizeibeamten gemeldet haben, daß alles in Ordnung ist. Zur Erhöhung der Sicherheit tragen auch genügend zahlreiche Notausgänge, Rauchklappen, geräumige Gänge und Treppen, der eiserne Vorhang, eine Regenvorrichtung über der Bühne, Rauchverbot, Anschluß des Theaters direkt an die Feuerwache durch Telephon und reichliche Löschwasserversorgung bei.

„Seien Sie die Apostel soldatischer Kameradschaft!"

Kriegsteilnehmer von 14 Nationen ehren ihre gefallenen Kameraden.

Die Frontkämpfer beim Reichskriegsminister.

♥ **Berlin**, 16. Februar.

Nach einem Empfang, den Botschafter von Ribbentrop am Nachmittag zu Ehren der aus Anlaß des ersten Kongresses der Permanenten Internationalen Frontkämpferkommission in Berlin versammelten Vertreter gegeben hatte, veranstaltete am Montagabend der Reichskriegerbund „Kyffhäuser" einen Empfang im Hotel „Kaiserhof", an dem neben den Abordnungen aller beteiligten Nationen der Präsidialrat der Vereinigung deutscher Frontkämpferverbände unter Führung des Präsidenten, NSKK-Obergruppenführer Herzog von Koburg, und als Vertreter des Botschafters von Ribbentrop Stabsführer SS-Sturmbannführer H. G. Stahmer teilnahmen. Anstelle des durch Krankheit verhinderten Führers des Reichskriegerbundes, Oberst a. D. Reinhard, richtete General der Infanterie a. D. von Kuhlwein an die Anwesenden herzliche Worte der Kameradschaft, in denen er seine besten Wünsche für den Verlauf des Kongresses aussprach. Ihm erwiderte im Namen aller Delegierten der Vertreter Oesterreichs, Feldmarschall-Leutnant Freiherr Czapp von Birkenstetten, der sich den Wünschen des Generals Kuhlwein anschloß.

Der Tag fand seinen Abschluß mit einem Zapfenstreich zu Ehren der ausländischen Kriegsteilnehmer. Gegen 22,30 Uhr rückte der von der Leibstandarte SS Adolf Hitler gestellte Zapfenstreich unter den Klängen flotter Marschmusik an, um auf dem Platz vor dem Kaiserhof, in dem die ausländischen Gäste Quartier genommen haben, Aufstellung zu nehmen. Auf dem Balkon des Hotelgebäudes, von dem die Fahnen aller Kongreßnationen im Winde flatterten, hatten sich sämtliche ausländischen Vertreter sowie der Präsidialrat der Vereinigung Deutscher Frontkämpferverbände mit seinen Präsidenten, NSKK-Obergruppenführer Herzog von Koburg, eingefunden. Daneben war der Kommandeur der Leibstandarte, SS-Obergruppenführer Dietrich, erschienen

Am Dienstagmittag legten im Rahmen einer würdig ausgestalteten Feierstunde unter Beteiligung von zwei Ehrenkompagnien des Berliner Wachregimentes und der Wachtruppe der Luftwaffe die Frontkämpfer aus 14 Nationen mit ihrem Präsidenten Delcroix-Italien an der Spitze am Ehrenmal Unter den Linden einen großen Kranz zum Gedächtnis ihrer im Weltkrieg gefallenen Kameraden nieder. Den Abschluß der Feierstunde bildete ein Vorbeimarsch sämtlicher angetretenen Formationen.

Der Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Reichskriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg, gab Dienstag nachmittag zu Ehren der Teilnehmer des ersten Kongresses der Internationalen Frontkämpferkommission einen Empfang im Haus der Flieger.

Neben den Mitgliedern des Präsidialrates und den Militärattachés sämtlicher am Kongreß beteiligten Länder waren von deutscher Seite u. a. anwesend: Reichskriegsopferführer Oberlindober, Korpsführer Hühnlein, der Chef der Ordnungspolizei, General Daluege, SS-Obergruppenführer Heißmeyer, SA-Obergruppenführer Kasche, Generalarbeitsführer Freiherr Löffelholz von Colberg, Stabsführer SS-Sturmbannführer Stahmer und SS-Standartenführer Rodde von der Dienststelle des Botschafters von Ribbentrop, sowie Legationsrat Freiherr von Dörnberg vom Auswärtigen Amt. An der Seite des Reichskriegsministers hatten der vorläufige Präsident der Internationalen Kommission, Delcroix-Italien, und Jean Goy von der französischen Abordnung Platz genommen.

Generalfeldmarschall von Blomberg

hielt an seine Gäste eine längere Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Kameraden! Wenn ich Sie, die Kameraden aus dem großen Kriege, mit diesem Ehrentitel anspreche und im Namen der deutschen Wehrmacht herzlich willkommen heiße, dann fordert der Sinn des Wortes Kamerad, daß wir alle unser Denken und unser Handeln nach jenen Werten und Tugenden ausrichten, die zu allen Zeiten und in allen Völkern die soldatische Kameradschaft gekennzeichnet haben. Kamerad sein, heißt tapfer sein, Kameradschaft fordert Vertrauen; Kameradschaft gibt es nur zwischen freien, ehrliebenden und gleichberechtigten Menschen und Völkern. Kameraden helfen einander; das Wesen wahrer Kameradschaft liegt darin, ein gemeinsames Schicksal gemeinsam zu tragen.

Zwei Jahrzehnte fast sind seit dem Weltkriege vergangen. Es hat nicht an internationalen Versuchen gefehlt, die Folgen dieses schrecklichen Geschehens gutzumachen und die Wiederkehr des Krieges zu verhindern. Die meisten dieser Versuche sind fehlgeschlagen, sind deshalb gescheitert, weil die Kameradschaft nicht hinter ihnen stand. Jetzt kämpft eine neue „Internationale", die Internationale der Frontkämpfer, für das gleiche Ziel. Ich glaube, daß diese Internationale das größte Recht und die größte Aussicht einer erfolgreichen Lösung auf ihrer Seite hat. Wer kennt den Krieg besser als Sie, meine Kameraden? Wer hat größere Opfer auf dem Altar des Vaterlandes gebracht als die gefallenen Soldaten aller Nationen, als die Frontkämpfer, die am eigenen Leib die Wunden jenes Krieges durchs Leben tragen? Wer kann überzeugender für den Frieden der Welt kämpfen als die Soldaten des letzten Weltkrieges?

Das ist eine neue Art des Pazifismus. Sie entspringt nicht der Feigheit und Würdelosigkeit, nicht der Selbstsucht und der Schadenfreude. Sie gibt dem Cäsar, was des Cäsars ist, aber auch Gott, was Gott gehört.

Dieser Pazifismus bejaht aus heißem Herzen den Frieden, er bejaht aber auch das Recht und die Pflicht aller Völker zur Landesverteidigung. Dieser Pazifismus bekennt, daß es ehrenvoll ist, für sein Vaterland zu kämpfen und zu leiden. Die Achtung der eigenen Ehre und des eigenen Rechts aber ist gleichbedeutend mit der Anerkennung und der peinlichen Achtung der Ehre und des Rechtes der Nachbarn.

Diesem Gedanken Bahn zu brechen, ist die Aufgabe der Frontkämpfer aller Völker. Diesem Ziel dient auch die jetzige Tagung. Es ist ein Lichtblick am bewölkten Horizont der Politik, daß sich hier in Berlin die Vertreter von 14 Nationen zusammenfinden, um mit gutem Willen der Völkerverständigung und dem Völkerfrieden zu dienen. Ich wünsche Ihnen, meine Kameraden, dazu vollen Erfolg! Sie lernen in Deutschland ein Reich und ein Volk kennen, das unendliches Leid erduldet hat, das jetzt mit einer heroischen Kraftanstrengung an seiner Wiedergeburt arbeitet, das nichts sehnlicher wünscht und nichts dringender braucht als den eigenen Frieden und den Frieden der Welt. Nehmen Sie diese Ueberzeugung mit in Ihr Vaterland! Seien Sie die Bannerträger eines neuen Idealismus, eines Ideals, das alle Völker verbinden und alle Feindschaften begraben kann. Seien Sie die Apostel soldatischer Kameradschaft!

Der Minister dankte dem Präsidenten Delcroix und den Vertretern Englands, Frankreichs und aller anderen Nationen dafür, daß sie es ermöglicht haben, diese Tagung in Deutschland abzuhalten. Er leerte sein Glas auf das Ideal der echten Kameradschaft der Frontkämpfer.

Das geplante Freiwilligenverbot.

Die Beschlüsse des Londoner Unterausschusses.

£ **London**, 16. Februar.

Ueber die Sitzung des Unterausschusses des Nichteinmischungsausschusses am Montagabend, über deren Ergebnis bereits kurz zusammenfassend berichtet worden ist, wurde folgende Verlautbarung ausgegeben:

1. Der Unterausschuß prüfte die Methoden, durch die am schnellsten eine Vereinbarung hinsichtlich des vorgeschlagenen Ueberwachungsplanes erreicht werden könnte. Nach einem allgemeinen Meinungsaustausch einigten sich die Vertreter Englands, Belgiens, der Tschechoslowakei, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Schwedens und der Sowjetunion, im Namen ihrer Regierungen dem Internationalen Ausschuß die folgende Vereinbarung zu empfehlen:

a) Von der Mitternacht zwischen dem 20. und 21. Februar 1937 an das Nichteinmischungsabkommen auf die Anwerbung in den betreffenden Ländern von Personen nichtspanischer Staatsangehörigkeit auszudehnen, die beabsichtigen, sich nach Spanien oder den spanischen Besitzungen zu begeben, um in dem gegenwärtigen Krieg Dienste zu nehmen, sowie das Abkommen auf die Durchfahrt solcher Personen durch die betreffenden Länder oder ihre Abreise aus diesen Ländern auszudehnen.

b) Dem Internationalen Ausschuß sobald wie möglich Einzelheiten über die von ihren Regierungen zur Wirksammachung der Ausdehnung des Nichteinmischungsabkommens im obigen Sinne ergriffenen Maßnahmen zu liefern.

c) Von dem oben erwähnten Zeitpunkt an das von ihrem technischen beratenden Unterausschuß vorbereitete Ueberwachungssystem anzunehmen, vorbehaltlich der endgültigen Vereinigung ausstehender Fragen, die damit verbunden sind.

d) Von der Mitternacht zwischen dem 6. und 7. März 1937 an das unter c erwähnte Ueberwachungssystem in Kraft zu setzen.

2. Das Abkommen wird dem Internationalen Ausschuß von den obengenannten Vertretern auf einer am Dienstag, dem 16. Februar 1937, nachmittags 3,30 Uhr, anberaumten Sitzung durch die nicht in dem Unterausschuß des Vorsitzenden vertretenen Regierungen vorgelegt werden.

Der portugiesische Vertreter erklärte sich bereit, dem Internationalen Ausschuß die Annahme der Abschnitte a und b des Abkommens ebenfalls zu empfehlen, aber er behielt sich die Stellungnahme der portugiesischen Regierung hinsichtlich der Abschnitte c und d vor.

Wie wird die Kontrolle aussehen?

Spanien-Fragen vor dem Unterhaus.

£ **London**, 16. Februar.

Im Unterhaus wurden am Montag mehrere Anfragen über die Lage in Spanien gestellt. Der konservative Abgeordnete Sir William Davison fragte, ob die Regierung von ihren diplomatischen Vertretungen in Frankreich oder Spanien über die Verstärkungen für die Bolschewisten unterrichtet worden sei, die die französische Grenze überschritten hätten.

Unterstaatssekretär Cranborne antwortete, die bei der englischen Regierung eingegangenen Berichte bestätigten, daß in den letzten Monaten eine beträchtliche Anzahl ausländischer Freiwilliger die französische Grenze überschritten habe. Er sei jedoch nicht in der Lage, eine genaue Schätzung über die Zahl dieser Freiwilligen mitzuteilen.

Auf eine weitere Anfrage erwiderte Cranborne, daß England sowie die Regierungen Deutschlands und Italiens bereits ihre Bereitschaft ausgesprochen hätten, an einem System der Ueberwachung der spanischen Grenze mitzuarbeiten. Es sei sehr wichtig, daß der Plan, um wirksam zu sein, einen durchaus internationalen Charakter haben müsse. Die Einzelheiten würden zur Zeit auf dieser Grundlage ausgearbeitet. Auch die britische Regierung werde beim Nichteinmischungsausschuß darauf hinwirken, daß im Rahmen des Kontrollplanes keine im Besitz der Kommunisten von Valencia befindlichen Grenzteile nur von französischen oder Sowjetbeamten und andererseits keine im Besitz General Francos befindlichen Grenzteile nur von italienischen, deutschen oder portugiesischen Beamten kontrolliert würden.

Der Labour-Vertreter Fletscher stellte die seltsame Frage, ob angesichts der militärischen Unterstützung General Francos durch Italien keine Maßnahmen gemäß Artikel 10 der Völkerbundssatzung ergriffen werden könnten.

Cranborne erklärte, die in der Frage enthaltene Behauptung, daß irgendein Versuch gemacht werde, die gebietsmäßige Unversehrheit oder Unabhängigkeit Spaniens zu verringern, werde durch nichts erhärtet.

Schließlich teilte Lord Cranborne mit, daß die englische Regierung zurzeit von neuem die Frage einer internationalen Hilfsaktion in Spanien erwäge. Er erinnerte jedoch daran, daß die Kommunisten im Dezember letzten Jahres einen ähnlichen Vorschlag abgelehnt hätten.

Sabotagepläne der Volksfront.

Einmischung trotz der Londoner Beschlüsse.

▲ **Rom**, 16. Februar.

„Lavoro Fascista" läßt sich aus Paris berichten, daß sich die französische Volksfront trotz der in London gefaßten Beschlüsse für eine Verstärkung ihrer Einmischung in Spanien rüste. Auf ein von Madrid und Valencia gegebenes Losungswort hin, bereite Thorez einen Plan vor, um den Unterstützungsfeldzug zugunsten der spanischen Bolschewisten mit erneuter Wucht aufzunehmen. Die extreme Linke, auf die sich die Regierung Blum immer mehr stütze, werde alles daransetzen, um die Regierung wenigstens zu einer passiven Mithilfe und zu kompromittierenden öffentlichen Erklärungen zu veranlassen. Da der Kommunismus nunmehr zu der Einsicht gekommen sei, daß sein Spiel in Spanien verloren ist, setzt er seine letzten Hoffnungen auf die Heraufbeschwörung internationaler Zwischenfälle.

Großzügige Bauernsiedlung in Thüringen.

600 neue Erbhöfe werden aus 21 000 Morgen Domänenland gebildet.

DNB **Erfurt**, 16. Februar.

Die thüringische Regierung hat auf Anregung des Reichsstatthalters Gauleiter Sauckel einen umfassenden Siedlungsplan aufgestellt, der Domänenland zur Schaffung und Erweiterung von Erbhöfen zur Verfügung stellt und damit die Möglichkeit gibt, in größerem Umfange zweite und dritten Bauernsöhne, landwirtschaftliche Beamte und bauernfähige Landarbeiter auf neuen Erbhöfen anzusetzen.

Im Laufe der nächsten sechs Jahre werden vom Lande Thüringen rund 21 000 Morgen Domänenbesitz bereitgestellt. Die großzügige Maßnahme wird einen Siedlungserfolg von 200 neuen Bauernhöfen zu je 600 Morgen haben, 23 Restgüter mit zusammen etwa 500 Morgen bleiben bestehen und etwa 250 kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe werden durch Landzuteilungen auf einer Fläche von rund 4000 Morgen zu wirtschaftlich gesunden Erbhöfen ausgestaltet. Man rechnet damit, daß der sechsjährige thüringische Siedlungsplan mit rund 600 neuen Erbhöfen abschließt.

Göring in Warschau eingetroffen.

DNB **Warschau**, 16. Februar.

Ministerpräsident Generaloberst Göring, der zur Staatsjagd in Bialowieza eingeladen ist, traf morgens mit seiner Begleitung hier ein. Mit demselben Zuge kam der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, an.

Unmittelbar vor Arganda.

DNB **Salamanca**, 16. Februar.

Auch am Montagnachmittag setzten die Truppen der spanischen Nationalregierung im Jarama-Abschnitt südöstlich von Madrid ihren Vormarsch fort. Der Widerstand der bolschewistischen Söldner hat im Gegensatz zu Sonntag nachgelassen und die nationalen Truppen befinden sich bereits unmittelbar vor Arganda an der Straße nach Valencia, also etwa 12 Kilometer östlich des Jaramas. Das Vorgehen der Truppen wird tatkräftig von der nationalen Luftwaffe unterstützt, die die feindlichen Stellungen längs der gesamten Madrider Front mit Bomben belegte.

Die spanischen Nationaltruppen, die bereits alle wichtigen Zufahrtsstraßen nach Madrid abgeschnitten haben, befinden sich nach diesen Fortschritten nunmehr nur noch rund 20 Kilometer von der letzten Hauptstraße (nach Guadalajara) bei Alcala de Henares. Damit hat sich aber zugleich auch die ohnehin schon verzweifelte Stimmung der bolschewistischen Banden Madrids um ein bedeutendes gesteigert und ein Hilferuf des Madrider Senders jagt den anderen. Ununterbrochen tagt der sogenannte „Verteidigungsausschuß". Kennzeichnend für dieses Untermenschentum ist es, daß man sich in seiner Not wieder einmal der gepeinigten und hungernden Zivilbevölkerung besinnt. Man sieht sie an, auszuhalten und sich mit der mangelhaften (!) Ernährung zufriedenzugeben, da augenblicklich (!) keine Möglichkeit bestehe, weitere Lebensmittel herbeizuschaffen. Auch sonst wird die Lage in dem von den Bolschewisten heimgesuchten Teil Spaniens immer kritischer. Selbst die bolschewistischen Sender müssen das zugeben und melden jetzt, daß in Austurien Linsen das einzige Nahrungsmittel bildeten.

18,25 Milliarden Mark für die englische Aufrüstung.

(Fortsetzung von der 1. Seite)

gramm für das Jahr 1937 werde außerdem sieben Kreuzer und wahrscheinlich zwei weitere Flugzeugträger enthalten. Die Kosten des Programms für 1937 würden beträchtlich höher sein als die für 1936 veranschlagte Summe von 50 Millionen Pfund. Ferner werde die Modernisierung von Schiffen große Kosten verursachen.

Zur Luftausrüstung erklärt das Weißbuch, daß England infolge der modernen Entwicklung der Luftwaffe zunehmend verwundbarer geworden sei. Die Stärke der Luftmacht sei daher eine Angelegenheit von erster Bedeutung, und es werde keine Mühe gescheut werden, um sie auf den Stand und auf die Wirksamkeit zu bringen, die die Regierung für die englische Sicherheit für notwendig erachte.

Die Heimatverteidigung, so sagt das Weißbuch weiter, umfaßt in erster Linie die Frage des Luftschutzes. Zu diesem Zweck seien zwei Divisionen der Territorialarmee bereits umgebaut worden, und eine weitere Ausdehnung sei für das nächste Jahr geplant. Für den Schutz der Bevölkerung würden große Lager von Gasmasken und andere Ausrüstungsgegenstände bereitgestellt.

Ein schnell entlarvter Schwindel.

Böswillige Auslandshetze.

DNB **Berlin**, 16. Februar.

Ueber den Rücktritt des Reichskirchenausschusses und seine vermeintlichen Folgen wußte ein Teil der Auslandspresse in den Tagen zwischen dem 13. und 15. Februar folgendes zu orakeln:

Der „Daily Telegraph" behauptete, daß „hiermit der letzte Versuch einer Versöhnung endgültig gescheitert sei und man nunmehr gesetzgeberische Maßnahmen erwarte. Man erwarte zunächst finanzielle Druckmaßnahmen gegenüber der Kirchenopposition. Wenn dies nicht fruchte, werde Minister Kerrl wahrscheinlich zu der Waffe der Schutzhaft und des Konzentrationslagers greifen."

Die „Basler Nachrichten", die ihre Informationen angeblich aus kirchlichen Kreisen schöpften und damit für ihre eigene Ansicht deutsche Gewährsmänner vorzuschieben versuchten, sprachen bereits am 13. Februar die Befürchtung aus, „daß der Staat die Gelegenheit benutzt, um eine totale Gleichschaltung der Kirche zu erreichen. Für die Kirche dürfte die schwerste Zeit bevorstehen. Wenn der Staat diese Aufgabe auf seine Weise übernimmt, wird er die Bekenntniskirche in die Rolle einer illegalen Organisation manövrieren." Die „Basler Nachrichten" sprachen weiter davon, daß „die Kirche mit Gewalt gehindert werde, für die Verkündung des Evangeliums zu tun, was ihre Pflicht ist." Das gleiche Blatt prophezeit am 15. Februar: „Es würde deutlich, daß mit einer weiteren Verschärfung des Kirchenregimentes gerechnet werde. Jetzt noch vorhandene Freiheiten werden gefährdet sein."

Die „Neue Zürcher Zeitung" meldet unter dem 14. Februar aus Berlin, „man müsse damit rechnen, daß jetzt wieder größere Verfolgungen einsetzten, daß der Kampf der Kirchengegner unverhüllter in Erscheinung trete und das wenige an Freiheit, das der Kirche noch geblieben sei, ihr weggenommen werde."

Die „Neue Zürcher Zeitung" spricht von der „allmählichen Vernichtung der evangelischen Kirche in Deutschland, die sich nicht in großen Geräuschen bemerkbar mache. Die vorgesehene Entwicklung gehe den Regenten noch nicht schnell genug und solle beschleunigt werden. Also müßte man jetzt wieder ein Stück weiter in den angeblich respektierten Innenraum der evangelischen Kirche hineingreifen, um diese Institution zu vernichten."

★

Wiederum hat ein Teil der Auslandspresse die Gelegenheit benutzt, um Brunnenvergiftung übelster Art zu treiben. Es ist die alte Methode, die sattsam bekannt ist: Wenn einem grade kein Stoff für Greuelmeldungen einfällt, ergeht man sich in unsinnigen Voraussagen, die aus einer zersetzenden Phantasie geboren dem gleichen Zweck dienen, einem leichtgläubigen Publikum Prophezeiungen aufzutischen, bei denen es sich bei dem Schreiber nur um das Verleumden um des Verleumdens willen ankommt. Wohl selten in der Geschichte wurde ein Schwindel so schnell entlarvt. Während man sich darum bemühte, unsaubere Machenschaften in die Welt zu setzen, Haß und Zwietracht zu säen, arbeitete der Führer an einem weitherzigen Befriedungswerk, das durch seinen großzügigen Erlaß über die Einberufung einer Generalsynode seine Krönung fand. — In 24 Stunden war nichts mehr von dem Spuk der Auslandshetze übrig geblieben.